

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten · Nachrichten · Meinungen

Wirtschaft und Entwicklung

UNFPA: Weltbevölkerungsbericht 1988 wendet sich Umweltfragen zu — Bekannte Fakten neu aufbereitet (24)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 3/1987 S.106f. fort.)

Schon der Titel enthält Hinweise auf Charakter und Ziel des diesjährigen »Berichts zur Lage der Weltbevölkerung« des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), macht er doch den Leser bereits auf die verschiedenen Ebenen aufmerksam, mit denen er in dem Dokument konfrontiert wird: »Die Zukunft sichern« (»Safeguarding the Future«, deutsch als Nr.15 der Reihe »Zur Diskussion gestellt« der DGVN) beinhaltet Feststellung, Bestandsaufnahme und Appell zugleich, stellt aber auch Antworten auf die Frage des Wie in Aussicht.

Anliegen des Berichts ist es, die Zusammenhänge und Auswirkungen von Ressourcennutzung, Umweltschäden und Bevölkerungswachstum aufzuzeigen und, da es hier um Probleme geht, die »nicht an den Staatsgrenzen halt(machen)«, Handlungskonzepte auf nationaler und internationaler Ebene vorzuschlagen. Das Ziel, das es anzusteuern gilt, läßt sich mit dem Begriff »tragfähige Entwicklung« (sustainable development) umreißen, der sich wie ein roter Faden durch die vier Hauptkapitel zieht. Gemeint ist, wie in der Einführung erklärt wird, »eine tragfähige Beziehung zwischen den wachsenden menschlichen Bedürfnissen und den zur Verfügung stehenden Ressourcen«. Allzu lange wurde, insbesondere seitens der Industrieländer, bei der wirtschaftlichen Entwicklung auf die begrenzte Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen und ihre unaufhaltsame Zerstörung keine Rücksicht genommen. Inzwischen sind große Teile des Acker- und Weidlands, das Trinkwasser, Wald-, Wild- und Mineralienbestände weltweit in einem äußerst bedenklichen Zustand. Es ist daher unabdingbar, sich bei sämtlichen geplanten Entwicklungsaktivitäten mit Hilfe einer »Umweltverträglichkeitsberechnung« ein Bild »über die wirtschaftlichen Auswirkungen von Bevölkerungswachstum und -konzentration und ihren Einfluß auf das Rohstoffkapital« zu machen.

In dem Kapitel über die »Beziehungen zwischen Bevölkerung, Umwelt und Ressourcen« wird gleich zu Anfang konstatiert, daß hier noch ein weites Feld für handlungsorientierte Forschung offensteht. Dennoch werden einige allgemeine Feststellungen getroffen, die vor allem den negativen Einfluß von Bevölkerungswachstum und -konzentration auf die Verfügbarkeit und Nutzung der Ressourcen belegen sollen. So heißt es zum Beispiel, daß arme Menschen in den ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer durch Anbau auf Grenzböden, Überweidung, zu großen Brennholzverbrauch und vor allem Brandrodung oft wider Willen ihre eigenen Lebensgrundlagen zerstören. Sind sie ande-

rerseits gezwungen, in die Städte abzuwandern, wird das Problem nur dorthin verlagert, wo die Behörden auf Grund der Massenzuwanderung ohnehin schon nicht mehr in der Lage sind, die »steigende Nachfrage nach sauberem Wasser, sanitären Einrichtungen, Nahrungsmitteln, Brennmaterial, Unterkünften, Bildung, medizinischer Versorgung und Arbeitsplätzen« zu befriedigen.

Das zweite Hauptkapitel des Weltbevölkerungsberichts beschäftigt sich eingehender mit Einzelaspekten der bereits angerissenen Fragen. So wird unter anderem noch einmal eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation des Bevölkerungswachstums vorgenommen (womit allerdings im wesentlichen Fakten des vorjährigen Bevölkerungsberichts wiederholt werden). Es folgen Beschreibungen der Tendenzen bei den Geburten- und Sterberaten, der Alterspyramide, der Probleme der wachsenden Verstädterung und der Wanderungsbewegungen. Unter dem Oberbegriff »Gesundheit und Umwelt« werden noch einmal schlaglichtartig Fragen wie die der Trinkwasserversorgung, der Unterkünfte in den Städten und das Problem der negativen Auswirkungen einer Schwangerschaft auf die Gesundheit der Frau beleuchtet, und es wird dabei zum Teil interessantes Zahlenmaterial geboten. So stimmt es doch nachdenklich, wenn in Afrika jede vierzehnte Frau an den Folgen einer Geburt stirbt, die vergleichbaren Raten in den Industrieländern dagegen zwischen 1:4000 und 1:7000 liegen.

Das Kapitel zum »kritische(n) Zustand gefährdeter Ressourcen« geht detailliert auf Ursachen und Auswirkungen des Ressourcenmißbrauchs ein. Wenn man sich auch fragt, was Probleme wie das »Vordringen der Wüste im Afrika südlich der Sahara«, der »Verfall der Wassereinzugsgebiete im Hochland« oder die »Säurebelastung der Umwelt« in dieser Ausführlichkeit in einem *Bevölkerungsbericht* zu suchen haben, so wird doch deutlich, daß hier zumindest versucht wird, Bevölkerungsfragen nicht losgelöst von anderen Faktoren zu betrachten. Ein lobenswertes Unterfangen, das den diesjährigen Bericht positiv von den Platitüden des Vorjahres abhebt.

Die theoretischen, mit statistischen Angaben untermauerten Ausführungen werden durch Fallbeispiele aufgelockert, mit denen bewiesen wird, daß durch Umdenken, Einbeziehung brauchbarer traditioneller Techniken und vor allem Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort den Umweltschäden (wie zum Beispiel Erosion und Entwaldung) wirksam begegnet werden kann.

So werden im Schlußkapitel des Berichtes denn auch »integrierte politische Lösungen für die Bewältigung von Bevölkerungs- und Ressourcenproblemen« gefordert und vorgestellt. Manches trägt zwar nur appellativen Charakter, wird aber immerhin angesprochen, wie die Forderung nach einer neuen, gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung. Anderes bietet, wenn es ernst genom-

men wird, tatsächlich Ansätze zur Veränderung, so beispielsweise die Schaffung von Strukturen, »die lokalen Gemeinschaften und Individuen ein größeres Maß an Kontrolle über ihr Leben und ihre Umwelt ermöglichen und ihren Bedürfnissen entsprechen«. Die wichtige Rolle der Familienplanung wird erneut betont, wobei erkannt wird, daß erst durch das Bereitstellen elementarer Bildungsprogramme den Individuen Entscheidungs- und Wahlmöglichkeiten in diesem Bereich an die Hand gegeben werden. Auch der Rolle der Frau soll mehr als bisher Beachtung geschenkt werden, nicht nur, weil sie das Problem der Familienplanung ganz unmittelbar betrifft, sondern weil gerade die Frauen in den Entwicklungsländern im direkten Kontakt mit der lokalen Umwelt stehen und große Teile der dortigen Wirtschaft kontrollieren.

Wenn sich der diesjährige Bericht zur Lage der Weltbevölkerung auch phasenweise wie eine Aneinanderreihung von Fakten liest, so wirkt er doch ehrlicher und weniger einseitig ideologisch ausgerichtet als der Bericht des Vorjahres. Man darf gespannt sein, ob der UNFPA, der seit April 1987 von einer Frau, der Pakistanerin Dr. Nafis Sadik, geleitet wird, die im Weltbevölkerungsbericht 1988 aufgestellten Forderungen und Lösungskonzepte auch in seiner Praxis glaubwürdig vertreten wird. *Angela Grofmann* □

Sozialfragen und Menschenrechte

Menschenrechtskommission: 44.Tagung — Ein Minister dankt — Knochenbrechen als Sicherheitspolitik — Probleme von Afghanistan bis Zypern — 15 Lügen (25)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 3/1987 S.107ff. fort.)

Menschenrechtsverletzungen sind nach neuerem Verständnis längst keine »innere Angelegenheit« der Staaten mehr — der Staaten, die sie begehen oder in denen sie sich ereignen. Trotzdem ziehen sich Regierungen unterschiedlichster Prägung immer wieder gern auf die in Artikel 2, Absatz 7 der Charta der Vereinten Nationen bestätigte Befugnis zur Regelung der inneren Angelegenheiten als Argumentationshilfe zurück, wenn sie sich in der Weltöffentlichkeit der Kritik ausgesetzt sehen. Vor diesem Hintergrund erscheint es bemerkenswert, wenn sich ein Staat bei der Kommission und anderen Staaten ausdrücklich für die internationale Aufmerksamkeit für die im eigenen Land geschehenen Menschenrechtsverletzungen bedankt. So geschehen auf der 44. Tagung der Menschenrechtskommission, als der ugandische Justizminister Joseph N. Mulenga das Engagement von verschiedener, nicht zuletzt privater Seite gegen die Menschenrechtsverletzungen früherer Regime in seinem Land würdigte.

Das 43 Mitgliedstaaten umfassende Gremium (Zusammensetzung: VN 3/1988 S.104) tagte vom 1. Februar bis zum 11. März dieses Jahres unter dem Vorsitz des senegalesen Alioune Sène in Genf.

I. Schwersten Vorwürfen sah sich Israel ausgesetzt, die noch deutlicher als im Vorjahr